

Kapital, Löhne und Wettbewerbsfähigkeit

Arbeit spielt im Hinblick auf den in einer Volkswirtschaft herrschenden Wohlstand eine deutlich geringere Rolle als Kapital. Das mag manchen Zeitgenossen nicht auf Anhieb einleuchten, wird aber sofort deutlich, wenn man sieht, wie gering die Einkommen von durchaus hart arbeitenden Menschen ausfallen, wenn ihnen kein oder nur wenig Kapital (in Form von Maschinen und Anlagen) zur Verfügung steht. Viele Länder der Dritten Welt sind nicht deshalb arm weil dort keiner arbeitet, sondern weil zu wenig Kapital verfügbar ist.

Auch die Vorstellung, dass es nur guter, innovativer Ideen bedarf, um eine Volkswirtschaft voranzubringen, ist falsch. Am Ende kommt es doch darauf an, die Ideen (meist verrückter Spinner, gelegentlich aber doch genialer Visionäre) zu *finanzieren*. Es mangelt also meist nicht an (guten?) Geschäftsideen, sondern weit eher am Kapital risikobereiter Inverstoren.

In hoch entwickelten, arbeitsteiligen Industriestaaten fällt ins Auge, dass jene Tätigkeiten, die mit hohem Kapitaleinsatz verbunden sind (der allerdings ein entsprechendes Ausbildungsniveau voraussetzt), die höchsten Einkommen erzielen. Automechaniker verdienen mehr als Friseure und Radiologen mehr als Allgemeinmediziner. In jedem dieser Fälle bewirkt das in Form von Betriebsmitteln eingesetzte Kapital, eine bedeutende Steigerung der Wertschöpfung pro Arbeitsstunde. Kapital wird somit zum Multiplikator und ermöglicht Skalierungseffekte. Wer geschickt ist und mit der Hand Fische zu fangen versteht, wird damit möglicherweise gerade so über die Runden kommen. Wer dagegen ein gutes Netz zur Verfügung hat, wird deutlich besser leben.

Man stelle sich die Welt vor, die nach dem Gusto von in Fragen der Ökonomie meist vollkommen unterernährten grünen Ökoromantikern regiert wird: Hunderttausende Lastenträger würden schleppen, was heute ein paar Dutzend LKW transportieren. Ein Heer von Landwirtschaftsarbeitern würde – wie weiland im 19. Jahrhundert – mit ihrer Muskelkraft jene Agrarflächen beackern, die heute – dank moderner Technologie und Agrarchemie – von zwei Prozent der Bevölkerung bewirtschaftet werden können. Ein „Zurück zur Natur“ – ein Verzicht auf den Einsatz „harter“ Technik und Chemie -, würde in einer Welt mit mehr als 7,5 Milliarden Einwohnern den massenhaften Hungertod zur Folge haben.

Kapital ist dennoch nicht alles. Der Produktionsfaktor Arbeit ist auch in einer modernen und kapitalintensiven Gesellschaft immer noch von großer Bedeutung. Daher spielt deren Preis, die *Lohnhöhe*, eine wesentliche Rolle - etwa bei der Standortwahl vor wichtigen Investitionsentscheidungen. Aus der Sicht der Arbeitgeber zählt dabei nur der entstehende *Lohngesamt Aufwand*, der in den Lohnstückkosten seinen Niederschlag findet. Eine Aufteilung des Arbeitspreises in *Lohnkosten* und *Lohnnebenkosten* bildet allenfalls für die politische Klasse und naturgemäß unterbeschäftigte Gewerkschafter eine reizvolle Übung. Debatten darüber sind – siehe oben - „leere Kilometer“.

Bruttolohnkosten und Nettolöhne fallen in Österreich traditionell sehr weit auseinander. Das hat mehrere Ursachen, die allesamt auf die Ineffizienz und die daraus resultierende Unersättlichkeit des Sozialstaates zurückzuführen sind.

Wie dem auch sei: für die Arbeitnehmer zählt am Ende des Monats nur jener Betrag, der unten auf dem Lohnzettel steht. Ein hoher Bruttolohn befriedigt die Beschäftigten nämlich recht wenig, wenn der Fiskus mehr als die Hälfte dessen abgreift, was sie ihren Dienstgeber kosten. Für die Arbeitnehmer entsteht diesbezüglich übrigens deshalb ein verzerrtes Bild, weil die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die Kommunalabgaben nicht auf dem Lohnzettel ausgewiesen werden. Das hat - aus der Sicht der Politomenklatura - durchaus Sinn, denn es verschleiert einerseits die wahren Kosten des wohlfahrtsstaatlichen Sozialkitsch', und macht andererseits die Unternehmer zu Sündenböcken, weil sie als verlängerte Werkbänke des Finanzministers und der Sozialversicherungen die Drecksarbeit zu machen genötigt sind. Dass sie gegenüber dem Leviathan auch noch für die Richtigkeit der Lohnsteuer- und SV-Abrechnungen ihrer Angestellten haften, setzt der Zumutung den Hohn hinzu.

Klar ist: würden die Arbeitgeber die vollen Bruttolöhne an ihre Mitarbeiter auszahlen und diese – wie es im Grunde logisch wäre – selbst ihrer Steuern und SV-Abgaben abzuführen verpflichtet sein, stiegen die Steuerwiderstände ins Unermessliche. Dann würden nämlich, auch Durchschnittsverdiener erkennen, dass ihnen gerade einmal die Hälfte der Früchte ihrer Arbeit

verbleibt, während sie die andere Hälfte an den katastrophal schlecht wirtschaftenden Staat abzuliefern gezwungen sind.

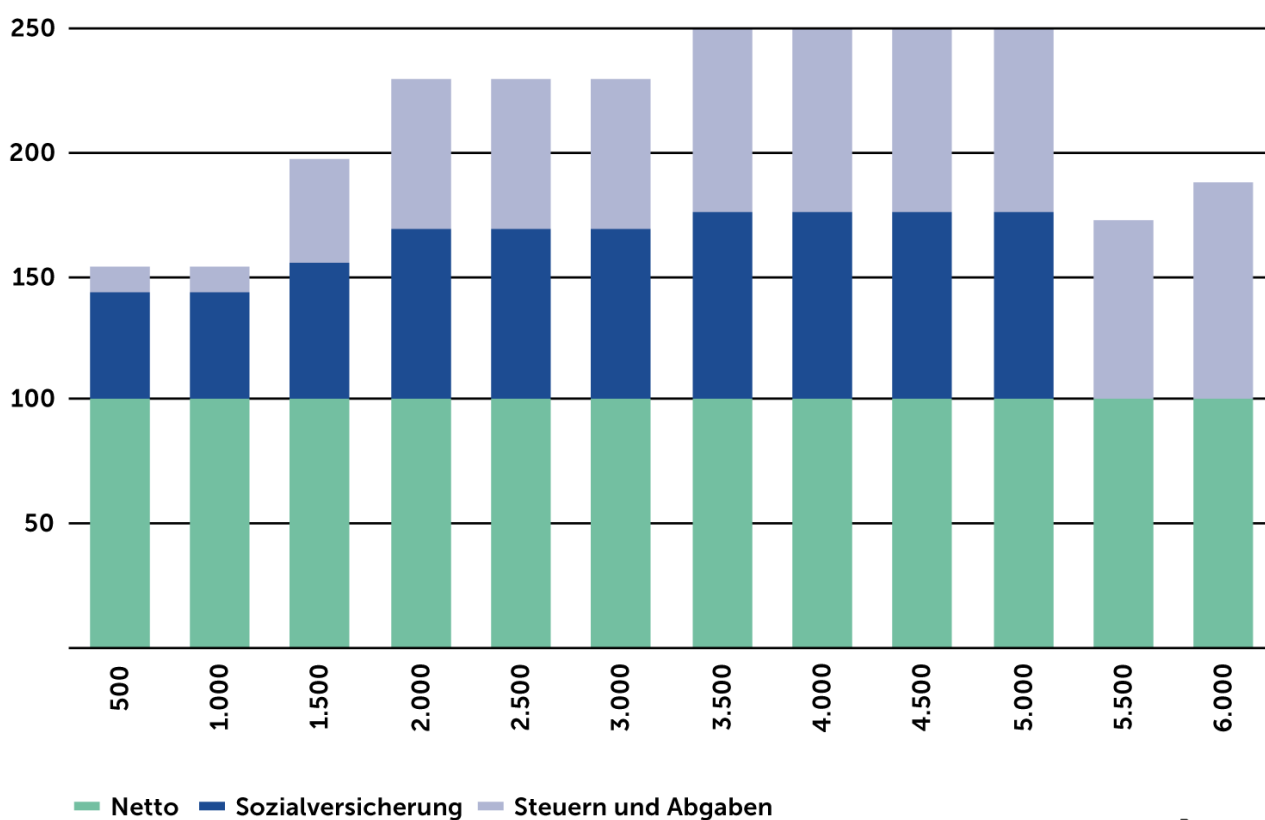
Beispielhaft deutlich wird die räuberische Natur des Staates (der vom US-Ökonomen Mancur Olson nicht zu Unrecht „stationärer Bandit“ genannt wurde) an der untenstehenden Graphik der Agenda Austria. Einer deren Ökonomen hat den Bruttoeffekt einer Nettolohnerhöhung um 100 Euro analysiert. Ernüchternde Erkenntnis: „Damit einem Arbeitnehmer mit einem Bruttogehalt von 3.000 Euro 100 Euro netto mehr im Jahr bleiben, muss der Arbeitgeber 229 Euro mehr bezahlen.“ An diesen Befund knüpft sich die Forderung an die nächste Bundesregierung, sich ernsthaft mit dem Problem der beschäftigungsbehindernden Höhe der „Lohnnebenkosten“ auseinanderzusetzen.

Die von der roten Neidgenossenschaft geübte Praxis, Unternehmer ausschließlich als notwendiges Übel und/oder Lastesel zu betrachten, sie mit jeder Menge ebenso betriebsfremder wie kostspieliger Aufgaben zu beladen und – dank des routinemäßigen Versagens der zahnlosen und daher überflüssigen Wirtschaftskammer - keinerlei Rücksicht auf betriebliche Erfordernisse und den internationalen Wettbewerb zu nehmen, kann auf Dauer nicht gutgehen.

Der eben von einem völlig außer Rand und Band geratenen Parlament beschlossene „Rechtsanspruch auf den Papamonat“ und die trübe Aussicht darauf, ab Herbst wieder die Sozialisten, und mit etwas Pech sogar Grüne in Regierungsverantwortung zu sehen, liefern indes keinerlei Grund zum Optimismus. Ehe nicht der letzte Mittelständler ruiniert oder außer Landes getrieben ist (multinational agierende Konzerne zahlen hierzulande traditionell ohnehin kaum Steuern), werden die Sozialisten in allen Parteien niemals begreifen, dass allein mit Umverteilung kein Staat zu machen ist.

Wieviel eine Nettolohnerhöhung von 100 Euro wirklich kostet

– in Euro, nach Bruttomonatseinkommen



Quelle: Eigene Berechnungen (Steuertarif laut BMF, Stand: 2019).



a.toegel@atomed.at